

PRO ASYL

**Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für
Flüchtlinge e.V.**

Postfach 16 06 24 · 60069 Frankfurt am Main
Telefon +49 69 24 23 14 0 · Fax +49 69 24 23 14 72
proasyl@proasyl.de · www.proasyl.de

Spendenkonto: Bank für Kirche und Diakonie e.G.
IBAN: DE07 3506 0190 1013 5840 16
BIC: GENODED1DKD
Gläubiger-ID: DE27ZZZ00001069975

Frankfurt am Main, 10.02.2023

Lange Wartezeiten auf dem Rücken der Betroffenen - Maßnahmenpaket gegen die Überlastung der Ausländerbehörden

Die Wartezeiten in Ausländerbehörden liegen in ganz Deutschland aktuell bei mehreren Monaten. Das hat für viele Menschen gravierende Konsequenzen: Geflüchtete bekommen keine Aufenthaltserlaubnis, Arbeitende keine Verlängerung der Arbeitserlaubnis, Geduldete keine Verlängerung ihrer Duldung. Eine Situation, die die Menschen schwer belastet, da **ganze Existenzen von rechtzeitigen Terminen bei den Ausländerbehörden abhängen**. Aufgrund der Wartezeiten gehen Jobs verloren, Wohnungen können nicht angemietet werden oder die Frist für das Studium wird verpasst – für viele bedeutet sie auch eine andauernde Angst vor Abschiebung. Selbst die Verlängerung von Fiktionsbescheinigungen bei rechtmäßigem Aufenthalt klappt nicht mehr, betroffene Menschen verlieren deswegen ihre Arbeitsplätze. **Diese Wartezeiten gefährden auch die Umsetzung wichtiger Projekte der Bundesregierung wie dem Chancen-Aufenthaltsrecht, der „Einbürgerungsoffensive“ oder der Fachkräfteeinwanderung.**

Seit der ersten Zeit der Covid-19-Pandemie stapeln sich bei vielen Ausländerbehörden die Akten. Aktuell ist die Lage in deutschen Ausländerbehörden besonders prekär: Zu wenig Personal, hoher Krankenstand und das bei einer hohen Arbeitsbelastung durch viele neue Anträge, u.a. von Geflüchteten aus der Ukraine. Eine [bundesweite Umfrage des SWR](#) vom August 2022 unter den Leiter*innen der Ausländerbehörden zeigt, dass die Probleme allorts die gleichen sind. Im Mittelpunkt der Umfrage steht die Personalsituation, die 94 Prozent der Behördenleiter*innen als mindestens "angespannt", aber in der Mehrheit als "sehr angespannt" bewerten.

Für die Menschen, denen mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht ein sicherer Aufenthalt versprochen wurde, könnte sich die Bearbeitung ihrer Anträge über Monate ziehen – während derer sie rechtlich weiterhin nicht vor Abschiebungen geschützt sind. **Es braucht ein klares Bekenntnis der Bundesländer, das Chancen-Aufenthaltsrecht nicht durch Abschiebungen zu unterlaufen!**

Auch dürfen lange Wartezeiten für Termine nicht den Betroffenen angelastet werden, entsprechend dürfen Zeiten mit abgelaufener Duldung kein Hindernis für Bleiberechtsregelungen sein.

Forderungen von PRO ASYL zur Entlastung von Ausländerbehörden

Personalsituation verbessern und Mentalitätswandel herbeiführen

PRO ASYL fordert daher mehr Personal in den Ausländerbehörden. Die Registrierung der Ukraine-Flüchtlinge hat neben dem regulären Alltagsaufkommen zu einer Überlastung der Ausländerbehörden geführt. Nun steht die Umsetzung des Chancen-Aufenthaltsrechts an. Da wegweisende und auch Arbeit reduzierende Elemente des Koalitionsvertrages wie die Abschaffung der Arbeitsverbote, die Klärung der Identität mit eidesstattlicher Versicherung und die Abschaffung der Duldung light noch nicht realisiert wurden, müssen die Ausländerbehörden sich weiterhin mit diesen bürokratischen, vom Gesetzgeber auferlegten, Aufgaben befassen.

Es braucht zudem ein grundsätzliches Umdenken in den Behörden, die den *„Neuanfang in der Migrations- und Integrationspolitik gestalten, der einem modernen Einwanderungsland gerecht wird“* der Bundesregierung umsetzen sollen. Zu häufig erleben wir ein auf Abwehr ausgerichtetes Verhalten in Ausländerbehörden bis hin zu Schikanen, anstatt bereits bestehende Möglichkeiten zur Arbeitsaufnahme und Aufenthaltsverfestigung zu nutzen.

Allerdings dauert es, bis neue Mitarbeitende eingestellt und eingearbeitet sind. Ohne ausreichende Ausbildung sind wieder Komplikationen für die Betroffenen zu befürchten. Zudem sind auch jetzt schon ausgeschriebene Stellen unbesetzt, sodass bloße Ausschreibungen nicht unbedingt ausreichen müssen, um motivierte und qualifizierte Mitarbeitende anzuwerben.

Schnellwirkende Maßnahmen

PRO ASYL fordert von den Leitungen der Ausländerbehörden, folgende Maßnahmen umzusetzen, damit die Situation sich unverzüglich verbessert. Jeder verstrichene Tag ist eine enorme Belastung für die Wartenden.

- **Reduzierung der Anzahl der Termine**

Ein schneller Schritt, um die Arbeitsbelastung zu senken, ist es die Anzahl der Termine bei den Ausländerbehörden zu reduzieren. So ist bei jeder Verlängerung der Duldung oder eines Aufenthaltstitels ein Termin in der Behörde vorgesehen. Die jeweilige Verlängerung variiert dabei erheblich innerhalb der Bundesländer, teilweise werden Duldungen nur um je einen Monat verlängert. Dies führt zu vielen Terminen und starker Unsicherheit der Geduldeten. Dabei ist in vielen Fällen ersichtlich, dass die Voraussetzungen der Duldung auch langfristig vorliegen. Daher sollten Duldungen stets um 6 Monate verlängert werden. In Berlin ist dies bereits der Fall. Für Personen mit subsidiärem Schutz oder Abschiebungsverbot sollten die Aufenthaltserlaubnisse direkt für drei Jahre ausgestellt werden.

- **Ausweisersatz statt Passbeschaffung für bestimmte Länder**

Derzeit sieht das Gesetz an mehreren Stellen die Passbeschaffung als Voraussetzung für Aufenthaltstitel vor, von der im Einzelfall durch Ausstellung von Passersatzpapieren oder auch ohne solche abgewichen werden kann. Bei bestimmten Ländern wie z.B. [Syrien](#) (Finanzierung des Assad Regimes und Gefährdung von Verwandten), [Afghanistan](#) (keine neuen Passanträge möglich), Eritrea (siehe das [Urteil vom Bundesverwaltungsgericht](#) zur Reueerklärung) oder Somalia (amtliche Dokumente werden nicht zur Identitätsklärung akzeptiert) ist eine Passbeschaffung jedoch nicht möglich bzw. nicht zumutbar. Dennoch muss zunächst bürokratisch die Passbeschaffung versucht werden, ehe nach einiger Zeit wegen Erfolglosigkeit

Forderungen von PRO ASYL zur Entlastung von Ausländerbehörden

Passersatzpapiere ausgestellt werden oder aus Ermessen der Aufenthaltstitel ausgestellt wird. Diese Versuche der Passbeschaffung binden Ressourcen, obwohl ein Scheitern der Bemühungen vorhersehbar ist. Hinzu kommt: von Menschen die vor autokratischen Regimen nach Deutschland geflohen sind, sollte grundsätzlich nicht verlangt werden, mit den Botschaften für eine Passbeschaffung kooperieren zu müssen. Durch entsprechende Rundschreiben kann das Bundesinnenministerium zu einem bundeseinheitlichen Vorgehen beitragen (wie bei Afghanistan geschehen).

- **Ressourcen für Antragsbearbeitungen priorisieren**

In Deutschland leben mehr als 240.000 Menschen mit Duldung. Der Ruf nach schnellen und vermehrten Abschiebungen ist oftmals nicht nur aufgrund der persönlichen Situation der Betroffenen sondern auch aufgrund der Situation in den Herkunftsländern verfehlt. Abschiebungen scheitern zudem oftmals am Einspruch von Gerichten. Der politische Druck und die aktuelle öffentliche Meinungsmache, auch aufgrund der bevorstehenden Wahlkämpfe in einigen Bundesländern, erzeugt eine völlig unrealistische und die Akzeptanz der Anwesenheit von Geflüchteten unterminierende Stimmungslage. Statt viel Personal in den Rückführungsabteilungen einzusetzen, sollten vermehrt die Weichen zur Gestaltung einer Einwanderungsgesellschaft gestellt werden. Angesichts des immer deutlicher werdenden Fachkräftemangels und des gleichzeitigen Werbens anderer Industriestaaten um Zuwanderung setzt die Politik falsche Prioritäten. Eine auf Abschiebung orientierte Behörde ist nicht in der Lage, gleichzeitig verfügbare Ermessensspielräume so auszulegen, dass Wege ins Bleiberecht gesucht werden. Der Mentalitätswandel in den Ausländerbehörden kann so nicht erreicht werden.

- **Gezielte Beratung zum Chancenaufenthaltsrecht**

Je mehr und je schneller Langzeitgeduldete eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, desto geringer wird perspektivisch die Belastung der Ausländerbehörden. Daher sollten Länder und Kommunen Maßnahmen ergreifen, um die Begünstigten auf dem Weg ins Bleiberecht zu unterstützen (s. Projekte in Niedersachsen).

- **Terminvorbereitung für Betroffene vereinfachen**

Bei manchen Terminen können Betroffene, etwa wegen fehlender Dokumente, ihr Anliegen nicht erreichen, was zu Folgeterminen und Frust führt. Außerdem steigt die Dauer eines einzelnen Termins, wenn zunächst mündlich ausführlich alle Informationen erklärt werden müssen. Daher sollte im Vorfeld bereits eine einfache verständliche Aufklärung über die jeweiligen Anforderungen in der jeweiligen Sprache angeboten werden, etwa durch Informationen und Vordrucke von Ausfüllbögen im Internet.

- **Digital Optionen prüfen**

Wegen der Schutzmaßnahmen aufgrund der Corona-Pandemie war es möglich, bestimmte Leistungen auch ohne Termine anzubieten. Entsprechend sollte aufgrund der aktuellen Überlastung geprüft werden, welche Termine etwa durch das Anbieten digitaler Dienstleistungen wegfallen könnten. Denn die Vielzahl an Terminen belastet nicht nur die Behördenmitarbeitenden, sondern auch die Personen, die dafür Anfahrtswege zurücklegen und die Termine beispielsweise mit ihrer Arbeit koordinieren müssen. Auch sollte eine telefonische Erreichbarkeit für Notfälle sichergestellt werden.